

RECYCELTES ALUMINIUM IM SPANNUNGSFELD: EXPORTPOLITIK SPALTET DIE BRANCHE

18. Juni 2026

Auf der E-Waste-World in Frankfurt (17.-18. Juni 2026) stand das recycelte Aluminium im Mittelpunkt einer vielbeachteten Expertendiskussion.

Den Auftakt machte Isabelle Radovan von Recycling Europe mit einer klaren Bestandsaufnahme. Eine Tonne recyceltes Aluminium ersetzt acht Tonnen Bauxit und 14.000 kWh Energie, verhindert 7,6 Kubikmeter Deponieraum und reduziert den CO₂-Fußabdruck um 92 Prozent gegenüber der Primärrohstoffproduktion. Europäische Recyclingbetriebe sammeln und verarbeiten jährlich 6,2 Millionen Tonnen recyceltes Aluminium. Radovan machte deutlich, dass Exportanstiege vor allem eine Folge des mangelnden europäischen Nachfragedrucks seien. Sie mahnte: Handelsbeschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten müssten durch EU-weite End-of-Waste-Kriterien aufgelöst werden, die einen unkomplizierten Warenstrom innerhalb der EU ermöglichen.

Ihr Appell: **freie und faire Handelsbedingungen für Schrotte sowie eine kohärente Politik, die Export und europäische Nachfrage aufeinander abstimmt.**

In der anschließenden Expertendiskussion warnte CMA-Präsident Murat Bayram vor den Folgen politischer Ungewissheit. Die Aluminiumindustrie schüre Unsicherheiten in der Recyclingwirtschaft – und das sei „Gift für das Geschäft“. Dennoch investierten Recyclingunternehmen trotz schwieriger Rahmenbedingungen stark in ihre Betriebe.

Bayrams Devise: „**Wir dürfen nicht höhere Mauern hochziehen - wir müssen Brücken bauen.**„

Sandra Nebe, Referentin für Handel und Industrie der Europäischen Kommission, berichtete von 254 Konsultationsbeiträgen, die das Meinungsbild widerspiegeln: klar gespalten zwischen Recyclingwirtschaft auf der einen und produzierender

Aluminiumindustrie auf der anderen Seite. Sie versicherte, die richtige Balance finden zu wollen – „ohne große Nachteile auf beiden Seiten zu erzeugen.“

Dr. James Watson, Generaldirektor von European Metals, rückte die internationale Dimension ins Zentrum. Viele Drittstaaten hätten bereits Handelsbeschränkungen eingeführt; Europa müsse verhindern, dass Kapital aus dem System ins Ausland abwandere. Die Aluminiumindustrie kämpfe seit Jahren um ihre Wettbewerbsfähigkeit – und brauche höhere Sammelquoten, um wachsen zu können.

Die Recyclingwirtschaft hielt dem entgegen: Wer Handelsbeschränkungen für Schrotte fordere, müsse konsequenterweise auch Halbzeuge und andere Aluminiumerzeugnisse wie Blöcke und Vorprodukte einbeziehen, da diese auch im erheblichen Umfang exportiert werden – was kaum im Sinne der europäischen Aluminiumindustrie sein könne. Einzelne Glieder dieser Wertschöpfungskette dürfen nicht isoliert und unterschiedlich behandelt werden. Rund 20 Prozent des recycelten Aluminiums gelangen außerhalb Europas. Netto betrachtet, also abzüglich der Importe, sind es sogar nur rund 10 Prozent. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Qualitäten, für die innerhalb Europas keine ausreichende Nachfrage besteht.

Sebastian Will, Mitglied im geschäftsführenden bvse-Präsidium und stellvertr. Vorsitzender des bvse-Fachverbandes Schrott, E-Schrott und Kfz-Recycling kritisierte zudem die schleppende Umsetzung der digitalen Abfallverbringungsverordnung (DIWASS) und die fehlende Transparenz bei Bewerbungen von Drittländern um die Notifizierung, die von offizieller EU-Seite noch ausstehe. Strukturelle Missstände wie langwierige Genehmigungsverfahren und hohe Lohnnebenkosten seien Themen, bei denen beide Seiten gemeinsam ansetzen sollten.

Sandra Nebe stellte klar, dass die Europäische Kommission bei ihren Untersuchungen keine Kritikalität von Aluminiumschrotten habe feststellen können. Die Kommission analysiere die Wertschöpfungskette sorgfältig; Maßnahmen müssten priorisiert werden. Den Ball spielte sie weiter: „Der Einsatz von Handelsbeschränkungen liegt nun bei den europäischen Mitgliedstaaten – es ist wesentlich, wie sie dazu stehen.“

Die Recyclingwirtschaft machte in der Abschlussrunde unmissverständlich klar: Ein

freier Markt ist für die Branche überlebensnotwendig. Inländische Abnehmer haben klar Vorrang vor dem Exportmarkt – wegen des geringeren logistischen Aufwands, schnellerer Verladung und risikoärmerer Zahlungsabwicklung.

Murat Bayram bekräftigte den Willen zum Dialog: „Die Recyclingwirtschaft möchte nicht die Türen schließen, sondern sie für ein Gespräch öffnen.“ Gemeinsam für die Kreislaufwirtschaft einzutreten schaffe eine Win-win-Situation – während Handelsbeschränkungen unweigerlich in eine Lose-lose-Situation führten. „Ein konstruktiver Austausch kostet nichts. Bei Handelsbeschränkungen müssten aber alle Beteiligten tief in die eigene Tasche greifen.“

Sebastian Will schloss mit einem doppelten Appell: an die Aluminiumindustrie, Narrative abzulegen und zu erkennen, dass Handelsbeschränkungen „die Fenster für beide Wirtschaftszweige schließen“ – und an Sandra Nebe, auch die für EU-Umweltpolitik zuständige Generaldirektion ENV über die Ergebnisse dieser Diskussion zu informieren. Sein abschließendes Plädoyer an die Europäische Kommission fiel knapp und unmissverständlich aus: „**The very good option - leave it.**“